

## 2 Rahmenbedingungen

### 2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsperspektiven der Schweizer Wirtschaft haben sich in den letzten Monaten zum wiederholten Mal verbessert. Für das Jahr 2007 wird ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2.5% (2006: +2.7%) erwartet. Dieses liegt um 0.7 Prozentpunkte über dem Wachstum zum Zeitpunkt der Budgetierung für das laufende Jahr. Vor allem die dynamische Konjunktur im Euroraum, namentlich in Deutschland gibt Anlass zu dieser optimistischen Prognose.

Für das Jahr 2008 wird in der Schweiz ein etwas geringeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2.0% erwartet. Bei der gegenüber 2007 leicht schwächeren Dynamik dürfte es sich um eine konjunkturelle Normalisierung nach der überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2006 und 2007 handeln. Daran dürften auch die Probleme am amerikanischen Hypothekenmarkt wenig ändern. Die Konjunkturbeobachter gehen davon aus, dass sich die aktuelle Kreditkrise nur schwach auf die anhaltend robuste Konjunkturentwicklung in der Schweiz auswirken wird.

Die weiterhin guten Absatz- und Ertragsaussichten begünstigen eine rege Investitionstätigkeit der Schweizer Unternehmen. Diese wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus, der sich weiter erholt. Es wird eine gegenüber dem Vorjahr (2006: 3.3%) deutlich rückläufige Arbeitslosenquote von 2.8% erwartet. Für 2008 wird davon ausgegangen, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt trotz der sich verlangsamen Konjunktur fortsetzt und dass sich die Arbeitslosenquote auf 2.6% zurückbildet.

Obwohl die Konjunktur im laufenden Jahr auf Hochtouren läuft und der Ölpreis wieder steigt, darf mit einer weiterhin mässigen Entwicklung der Inflation gerechnet werden. Für 2007 dürfte die Schweizer Teuerungsrate 0.6% betragen (2006: +1.1%). Diese moderate Teuerungsperspektive wird auch dadurch begünstigt, dass die Schweizerische Nationalbank das Zielband für den Drei-monats-Libor am 14. Juni 2007 um weitere 25 Basispunkte auf zwei bis drei Prozent erhöht hat. Im laufenden Jahr wird ein weiterer Anstieg der Rendite der Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 10 Jahren auf 3.0% erwartet (2006: 2.5%). Der Trend bei den langfristigen Zinsen dürfte weiter anhalten. Für 2008 ist eine Rendite der Bundesobligationen von 3.3% zu erwarten.

Das Budget 2008 geht von den folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus (bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte):

Table 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Veränderungen in %	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandprodukt Schweiz, real	1,9	2,7	2,5	2,0
Bruttoinlandprodukt Schweiz, nominell	2,4	4,2	3,3	3,2
Allg. Konsumentenpreisteuerung	1,0	1,1	0,6	1,2
Arbeitslosenquote	3,8	3,3	2,8	2,6
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesoblig. 10 Jahre)	2,1	2,5	3,0	3,3

Quellen: Konjunkturprognoseinstitute/Bundesamt für Statistik

## 2.2 Finanzlage des Bundes

Der vom Bundesrat verabschiedete Voranschlag 2008 sieht mit Einnahmen von 58.0 Mrd. Franken und Ausgaben von 56.8 Mrd. Franken einen Überschuss von knapp 1.2 Mrd. Franken vor. Die Schuldenbremse verlangt, dass als konjunktureller Saldo ein Überschuss von mindestens 0.8 Mrd. Franken resultiert. Gemäss Schuldenbremse darf über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen wird. Für die Finanzplanjahre 2009 bis 2011 rechnet der Bund durchwegs mit schwarzen Zahlen und somit mit Überschüssen von kumuliert 3.9 Mrd. Franken.

Die Einnahmenseite gestaltet sich weiterhin positiv und weist ein Wachstum von 3.5% für 2008 aus. Die Einnahmen steigen somit im Vergleich zum Vorjahr von 56 auf 58 Mrd. Franken. Die günstige konjunkturelle Entwicklung schlägt sich auf die Steuereinnahmen nieder. Neben den volkswirtschaftlichen Eckwerten spielen auch Tarifanpassungen eine wichtige Rolle, so insbesondere die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die Folgen des Ausgleichs der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer.

Die Ausgaben wachsen im 2008 um knapp 1.7 Mrd bzw. 3.1%. Davon sind rund 500 Mio. Franken auf einnahmenbedingte Effekte zurück zu führen (Anteile Dritter an Bundeseinnahmen, FinV-Einlage, MWST AHV, Spielbankenabgabe), für neue Ausgaben rund 780 Mio. Franken (Härteausgleich NFA, Förderung der Strassen- und Schieneninfrastruktur im Agglomerationsbereich, Asylbereich, Kohäsion) und weitere Ausgaben von 450 Mio. Franken. Dabei setzt der Bundesrat auf klare aufgabenpolitische Prioritäten. Der öffentliche und private Verkehr, die Beziehungen zum Ausland und der Bildungs- und Forschungsbereich wachsen mit 5 bis 6 Prozent am stärksten.

## 2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das Rechnungsjahr 2006 mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken abgeschlossen. Der Aufwand aller 86 Haushalte der Einwohnergemeinden belief sich auf 1.1 Mrd. Franken, wobei der steuerfinanzierte Bereich mit 993 Mio. Franken nur knapp unter der Milliarden-Grenze blieb. Die Selbstfinanzierung nahm leicht auf 115 Mio. Franken zu und übertraf die Nettoinvestitionen um 28 Mio. Franken (Vorjahr 30 Mio. Franken). Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden betrug per Ende 2006 1852 Franken/Einwohner und lag um 100 Franken tiefer als im Vorjahr. Das Investitionsniveau war leicht angestiegen und betrug 87 Mio. Franken. Die Steuererträge der Gemeinden lagen mit 624 Mio. Franken um 1,5% über dem Vorjahreswert.

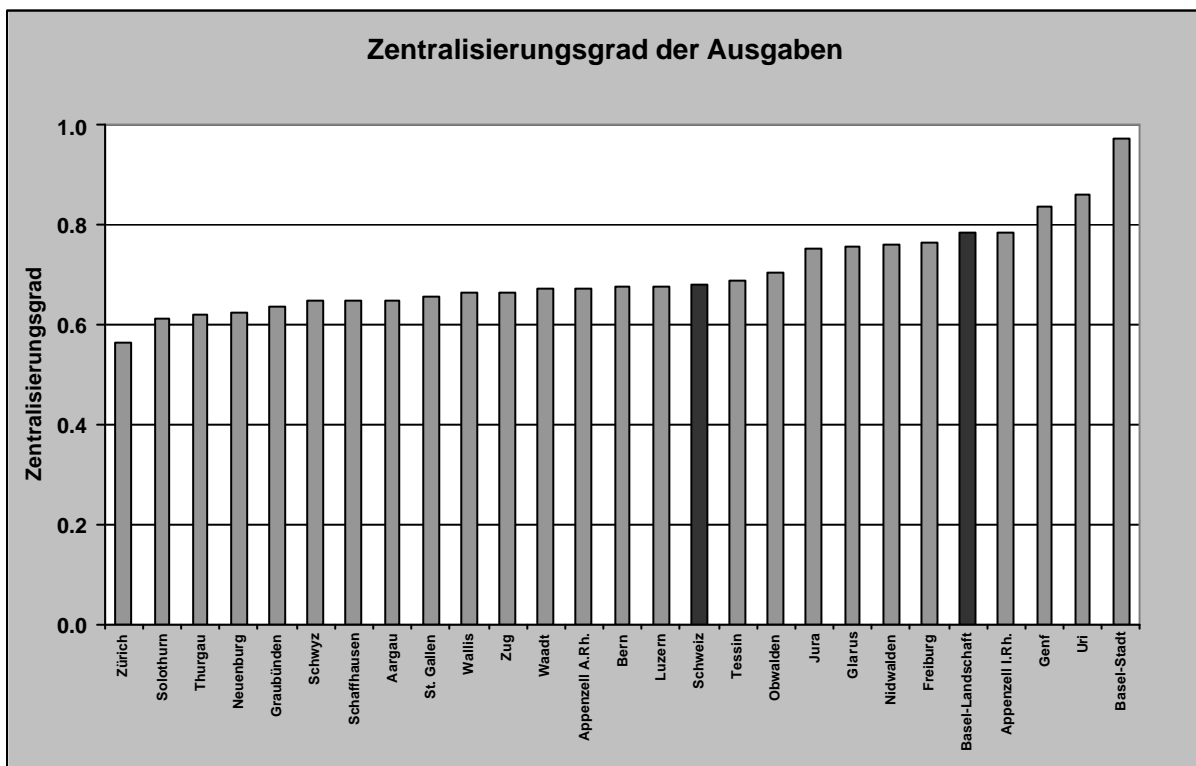
Die Finanzlage der Gemeinden ist insgesamt weiterhin gut, wenn auch verschiedene Gemeinden bei einzelnen Aufgaben unter hohen Lasten zu leiden haben. Der Regierungsrat hat eine Ar-

beitsgruppe „Totalrevision Finanzausgleich“ eingesetzt, in der neben den Mitgliedern aus der Verwaltung 12 Gemeinden vertreten sind. Sie wird zu Handen des Regierungsrates Vorschläge für einen verbesserten Ressourcenausgleich und eine bessere Abgeltung von Sonderlasten ausarbeiten.

### Zentralisierungsgrad des Kantons

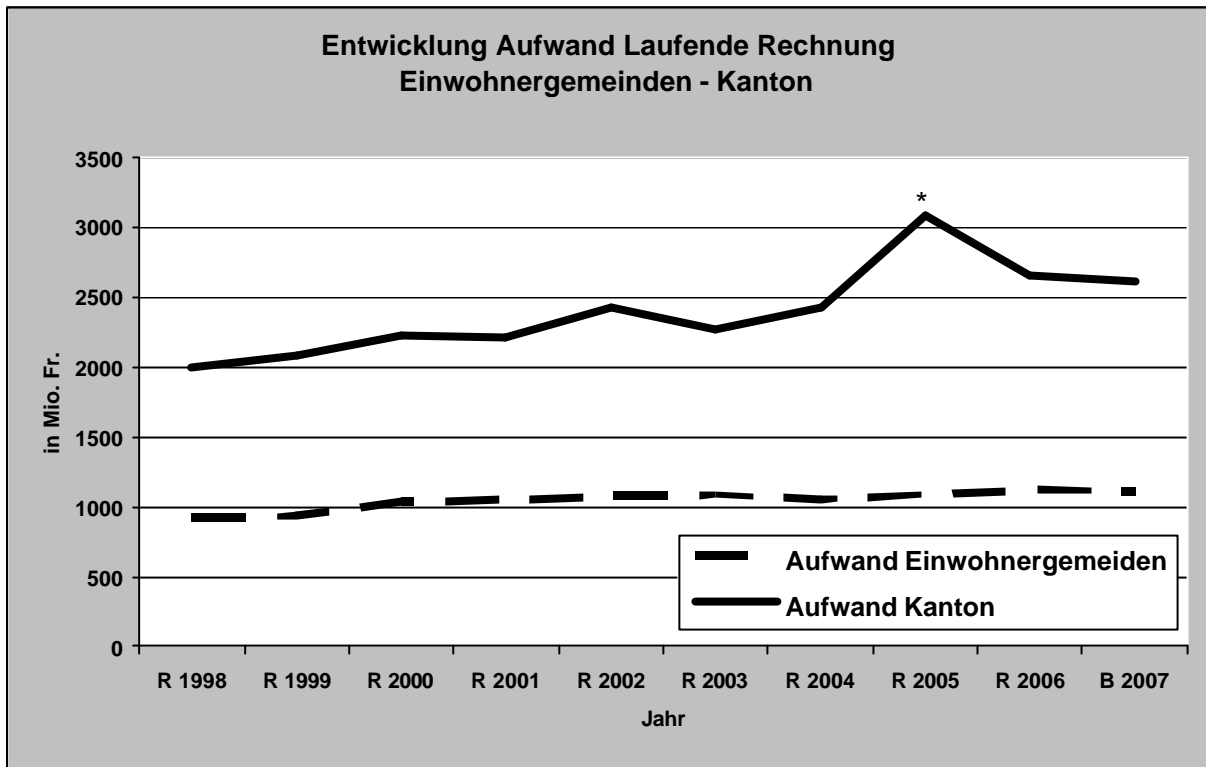
Der Kanton Basel-Landschaft weist im schweizerischen Vergleich einen hohen Zentralisierungsgrad auf. Diese Zentralisierung bei den Aufgaben widerspiegelt sich bei den Ausgaben. Der Zentralisierungsgrad ist in diesem Fall definiert als das Verhältnis der Kantonsausgaben pro Kopf zu den Kantons- und Gemeindeausgaben pro Kopf. Der entsprechende Zentralisierungsgrad liegt für den Kanton Basel-Landschaft bei knapp 0,8, im Schweizer Durchschnitt bei 0,68. Dies verdeutlicht die folgende Abbildung 1.

Abbildung 1: Zentralisierungsgrad der Ausgaben (2004).



In Abbildung 2 wird die Aufwandentwicklung von Kanton und Einwohnergemeinden aufgezeigt. Im Zeitraum 1998 bis 2007 sind die Ausgaben des Kantons um 31,5% angestiegen. Die Zunahme liegt deutlich über der entsprechenden Zuwachsrate der Ausgaben der Einwohnergemeinden von 20,3%. Daraus lässt sich folgern, dass der Kanton immer mehr zusätzliche Aufgaben übernimmt.

Abbildung 2: Aufwandsentwicklung der Einwohnergemeinden und des Kantons.



\* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).